

Klima- und Umweltbündnis Stuttgart

www.KUS-Stuttgart.de

Manfred Niess Kernerstr. 22B 70182 Stuttgart Tel:0711/ 29 70 82 e-mail: MNiess@t-online.de



An den Minister
für Finanzen und Wirtschaft

Herrn
Dr. Nils Schmid
Schlossplatz 4
Neues Schloss
70173 Stuttgart

Stuttgart, den 22.9.2014

Sehr geehrter Herr Minister,

laut einem Bericht der StZ vom 18.9.2014 gibt es ab 2018 Strom eventuell Strom Versorgungslücken, vor allem im Süden der Republik.

Dies kann man nur durch eine forcierte Energiewende verhindern, durch Energieeinsparung, durch Energieeffizienz und durch einen beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Am 15. Juli ist das Integrierte Energie und Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg (IEKK) verabschiedet worden. Es soll den Klimaschutz und die Energiewende voranbringen.

Zur Fotovoltaik stellt das IEKK fest:

„Für die Umsetzung der Energiewende ist der weitere starke Ausbau der Photovoltaik unverzichtbar. Deren Anteil an der Bruttostromerzeugung soll daher bis zum Jahr 2020 auf 12 % wachsen. Dazu ist eine installierte Leistung im Land von rund 8.800 MW erforderlich. Bis 2050 kann die Leistung auf rund 17.000 MW steigen und 25% des erwarteten Stromverbrauchs bereitstellen.“ (S.64)

Vom Klima- und Umweltbündnis Stuttgart wird der schnelle Ausbau der Fotovoltaik seit unserer Zusammenarbeit mit dem Solarpionier Hermann Scheer unterstützt. Bereits 2008 haben wir den Gemeinderat aufgefordert auf 100% Ökostrom umzusteigen und Stuttgart in die Solarbundesliga aufzunehmen.

Mit der Mitbegründung der Bürgerenergie Stuttgart und dem Bau von PV- Anlagen setzen wir diese Forderungen praktisch um. Bisher ist die Energiewende vor allem auch eine Bürgerenergie.

Das IEKK betont die Bedeutung der Bürgerbeteiligung:

„M 21 Unterstützung von Bürgerenergieanlagen

Bürgerenergieanlagen schaffen Akzeptanz vor Ort, sie mobilisieren privates Kapital für die Energiewende und sie tragen damit zu einer ökologischen und sozial verwurzelten Energieerzeugung bei, die gleichzeitig die lokale Wertschöpfung steigert. Wir unterstützen die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Anlagen der erneuerbaren Energien durch Fortbildungsveranstaltungen und Informationsmaterialien.“ (S.60 / 61)

Aber die Bürgerenergiegenossenschaften brauchen auch Unterstützung. Die BürgerEnergie Stuttgart eG ist mit einem in einer Großstadt kaum zu glaubenden Problem konfrontiert (wohl nicht nur die Bürgerenergiegenossenschaft, sondern auch die Stadtwerke):

Wir bekommen nicht genügend geeignete Dächer.

Laut dem IEKK gibt es eine Vorrangigkeit für Bürgerenergiegenossenschaften:

„Wir wollen die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an solchen Investitionsprojekten fördern. Geeignete landeseigene bzw. mit Landesmitteln geförderte Dachflächen wollen wir im Rahmen des Haushaltsrechts **vorrangig für Bürgersolaranlagen zur Verfügung stellen.** (S.28)“

Wir haben Herrn Sautter im Ministerium für Umwelt, Klima u. Energiewirtschaft - Grundsatzfragen der Energiepolitik - gebeten in der Frage Dächer im Landeseigentum aktiv zu werden.. Von ihm bekamen wir die Antwort, dass die staatlich Vermögens- und Hochbauverwaltung die Anfrage des UM prüfe. Wir haben seit Januar keine Antwort – wieder ein halbes Jahr in dem es statt einem Ausbau von PV Anlagen Stillstand gibt. Die Anfrage des Bezirksbeirates Bad Cannstatt ist seit Februar nicht beantwortet. (siehe Anhang)

Der Aufsichtsratsvorsitzende der BürgerEnergie Stuttgart, Herr Mayer-Geißer, hat das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft in der gleichen Angelegenheit angeschrieben. Im Antwortschreiben stellt das Ministerium fest (vollständige Antwort, siehe Anhang):

Diese Aussage impliziert unserer Meinung nach zweierlei:

- a) Sie steht im Widerspruch zu den Aussagen des IEKK
- b) Das Ministerium hat wenig Interesse, die Energiewende zu fördern. Die Bürgerenergiegenossenschaft braucht nicht hunderte von Dächern, einige gutgeeignete Dächer mit einem möglichen Eigenstromverbrauch sind völlig ausreichend! Es wäre noch entschuldbar, wenn die Landesregierung diese Dächer schnell mit PV belegt hätte. Stattdessen sehen wir überall in Stuttgart Dächer in Landeseigentum ohne PV Belegung z. B. bei Universitätsgebäuden in Vaihingen oder dem Gebäude der Landespolizeibehörde. Das ist für die Energiewende in Stuttgart eine Katastrophe, weil Stuttgart kaum Windenergie hat und ein zügiger Ausbau der KWK auch nicht zu sehen ist.

Viele Umweltgruppen und Bürgerenergiegenossenschaften hatten nach den jahrelangen Blockaden durch die Atompolitik der CDU Regierung auf eine dynamische Energiewende mit Rückenwind durch die Landesregierung gehofft. Im Moment erleben wir eher Gegenwind statt Aufbruch. Will die Landesregierung die Energiewende fördern oder ausbremsen? Ist das IEKK nur eine theoretische Leitlinie oder wird sie auch praktisch umgesetzt?
Mit freundlichen Grüßen

Manfred Niess

Koordinator von KUS

Aufsichtsrat der BürgerEnergie Stuttgart eG